

**Ulrike Rodust:**

## **Bahnverbindungen in den Ostseeraum ausbauen !**

„Ein Ergebnis des Parlamentarischen Europa-Abends der SPD- Landtagsfraktion im Rahmen der diesjährigen Europa-Woche ist die Forderung nach besseren Bahnverbindungen in den Ostseeraum, die nach dem Beitritt Polens und der Baltischen Staaten in die EU eine herausragende Bedeutung erhalten“, erklärt die europapolitische Sprecherin der SPD- Landtagsfraktion, Ulrike Rodust.

Das gelte, auf Schleswig- Holstein bezogen, für die Einrichtung und den Ausbau einer Bahnverbindung von Lübeck über Hamburg und Berlin nach Stettin. Hier gebe es bereits Pläne eines privaten Bahnunternehmens, die Strecke zu bedienen. „Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass Polen eine Weiterführung der Strecke nach Danzig befürwortet. Das bedeutet den zweispurigen Ausbau der Gleise bis in die Hansestadt. Im Rahmen der Ostseekooperation müssen wir jedoch weiter denken: Ich werde mich daher im Ausschuss der Region (AdR) dafür einsetzen, dass eine Weiterführung der Strecke über Kaliningrad nach Litauen, Lettland bis Estland untersucht wird. Kaliningrad sollte unbedingt in die Trasse einbezogen werden, um die russische EU-Enklave nicht abzukoppeln.“ Die EU sollte dazu die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Auf der Veranstaltung am Donnerstagabend im Plenarsaal des Landeshauses wies der bahnpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Gerhard Poppendiecker, zudem darauf hin, dass auf Grund der mangelhaften Straßenverbindungen in Polen, im Kaliningrader Gebiet und in den Baltischen Staaten eine gut ausgebaute Bahnverbindung das politische Ziel der SPD fördere, den Güterverkehr auf der Schiene auszuweiten und ihn damit schneller und effektiver zu machen.

Ulrike Rodust: „Die Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vertreten die Auffassung, dass ein Verkehrsinfarkt innerhalb der Union und der Beitrittsstaaten vermieden werden muss. Wir müssen endlich konsequent neue Wege gehen und ökonomische Effizienz mit ökologischer Verträglichkeit verbinden. Einerseits muss die Gemeinschaft reibungs- und lückenlose Mobilität von Personen, Waren und Dienstleistungen ermöglichen. Andererseits muss sie den Zielen des Umweltschutzes gerecht werden, den die europäischen Verträge als integralen Bestandteil sämtlicher Politikbereiche ausweisen. Verkehrspolitik, Binnenmarkt und Ökologie sind zu einem nachhaltigen System auszubauen.“